

26/1992

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Solidarpakt für Deutschland

„Der wirtschaftliche Aufbau in den neuen Bundesländern hat für uns unveränderte Priorität.“ Deshalb hat Bundeskanzler Helmut Kohl in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages am 9. September die Verbesserung der Investitions- und Standortbedingungen als ein Hauptthema der angekündigten Gespräche über einen Solidarpakt für Deutschland bezeichnet.

Nur bei mehr Investitionen könne der Aufbau im Osten gelingen, die Weltwirtschaft angekurbelt und es der Bundesbank ermöglicht werden, ihre Zinspolitik zu revidieren. Der Bundeskanzler stellte sich mit Nachdruck hinter das von Finanzminister Theo Waigel vorgelegte Konzept für eine Unternehmenssteuerreform.

Damit Steuererhöhungen vermieden werden können, müssen Bund, Länder und Gemeinden ihre Ausgabenzuwächse auf 2,5 bis 3 Prozent begrenzen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

DOKUMENTATION

Theo Waigel: „Wir müssen einen Pakt der Vernunft und der Solidarität abschließen.“ Rede des Bundesfinanzministers anlässlich der ersten Beratung des Bundeshaushalts 1993 am 8. September 1992 im Deutschen Bundestag. Grüner Teil.

HEUTE AKTUELL

- **Aufschwung Ost**
12-Punkte-Programm: Der Aufschwung Ost braucht zusätzliche Impulse. Seite 6
- **Asylrecht**
Den Zustrom von nicht verfolgten Asylbewerbern endlich stoppen. Seite 8
- **Radikalismus**
Junge Union in den neuen Ländern verurteilt Gewalt gegen Ausländer. Seite 11
- **Gesundheitsreform**
Generalsekretär Peter Hintze: Wir dürfen nicht zulassen, daß die Nein-Sager die Diskussion bestimmen. Seite 12
- **Umweltschutz**
TA-Siedlungsabfall ist das Ende der klassischen Hausmülldeponie. Seite 18
- **Grundsatzprogramm**
Umbau statt Ausbau: Finanzierung der Pflegeversicherung durch Selbstbeteiligung bei der Lohnfortzahlung. Seite 22

Solidarpakt für Deutschland

(Fortsetzung von Seite 1)

Bundeskanzler Helmut Kohl unterstrich noch einmal, daß die enormen finanziellen Anforderungen der deutschen Einheit nur durch strikte Sparsamkeit in den öffentlichen Haushalten bewältigt werden können.

Deshalb übte er auch deutliche Kritik an den zurückliegenden Tarifabschlüssen, die nach seiner Auffassung der Situation nicht angemessen seien. Ebenso hätte er sich gewünscht, wenn als Zeichen der Opferbereitschaft für einen beschleunigten Aufbau im Osten die Arbeitszeitverkürzung für eine Zeitlang gestoppt worden wäre. Deutschland habe die kürzesten Arbeits- und Maschinenlaufzeiten. Der Bundeskanzler forderte dazu auf, den Zusammenhang zwischen Löhnen, Produktivität und Sicherheit von Arbeitsplätzen in den neuen Bundesländern nicht außer acht zu lassen.

Für einen erfolgreichen Aufbau im Osten muß nach Kohls Worten die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in den alten Ländern gesichert werden. Für eine längere Zeit müßten vier bis fünf Prozent des Bruttosozialprodukts, also gut 140 Milli-

arden Mark jährlich, zur Verfügung gestellt werden. Die Grenze der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sei damit aber erreicht.

Zum Auftakt seines Debattenbeitrages räumte Helmut Kohl Fehler bei der Verwirklichung der deutschen Einheit ein:

Zum Thema Solidarpakt führte der Kanzler unter anderem aus:

„Mir geht es überhaupt nicht darum, jetzt eine große Runde mit vielen Notabeln am Tisch zu versammeln ... Ich habe ja geschrieben, daß wir diese Gespräche mit Experten vorbereiten wollen ... und am Ende sollen Sie dann befinden, was gut und was nicht gut ist.“

Wir haben vieles richtig, aber auch manches falsch gemacht. Aber wir haben an die Einheit geglaubt und haben alles getan, diese Einheit zu erreichen.

Die vollständige Rede des Bundeskanzlers wird in der nächsten Uid-Ausgabe dokumentiert.

Kommentar

Der Tag des Kanzlers

Es war der Tag Kohls. Wer von der politischen Generaldebatte ein Schauspiel der Kanzlerdämmerung erwartet hatte, sah sich getäuscht. Kohl wirkte weder gereizt noch amtsmüde. Mit gelassener Selbstgewißheit stellte er sich als Kanzler der deutschen und der europäischen Einheit dar und würzte diese

unbestreitbar positive Bilanz mit jenem Maß an Selbtkritik, das dem Vorwurf die Spitze nahm, er habe in historischer Selbststilisierung den Boden unter den Füßen verloren. Was er über die Lage in Deutschland sagte, war alles andere als bloßes Schönreden nach dem Motto „Glaube, Liebe, Hoffnung“, wie der Kanzlerkandidat Engholm pflichtgemäß polemisierte.

aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung

Wolfgang Schäuble: Wir begrüßen die Initiative des Bundeskanzlers

Die Haushaltsdebatte dieser Woche steht unter der Überschrift „Sicherheit für Deutschland in einer Welt des Wandels“.

Dies gilt angesichts der Herausforderungen für die äußere und innere Sicherheit durch den Krieg im ehemaligen Jugoslawien, die Bedrohung durch organisierte Kriminalität und durch die Überforderung von Städten und Gemeinden durch Wanderungsbewegungen und Asylmißbrauch ebenso wie für die wirtschaftliche und soziale Lage, die durch härteren internationalen Wettbewerb, schleppenden Verlauf der Weltkonjunktur und die Notwendigkeit des Aufbaus der neuen Bundesländer nach über 40 Jahren Teilung und totalitären Sozialismus gekennzeichnet ist.

Um eine Überforderung unserer Wirtschaft zu vermeiden und Arbeitsplätze zu sichern, müssen der Kurs strikter Sparsamkeit durchgesetzt und die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum durch die zweite Stufe der aufkommensneutralen Unternehmenssteuerreform gestärkt werden.

Unsere Kollegen aus den neuen Ländern haben für die Entwicklung des Wohlstandes im Osten und die Sicherung des

Wohlstandes im Westen wichtige Vorschläge erarbeitet. Der Geschäftsführende Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dazu in seiner Klausurtagung in Leipzig Empfehlungen verabschiedet.

Wir haben in der Koalition verabredet, daß alle Vorschläge kurzfristig in Regierung und Koalition überprüft werden. Einwände gegen einzelne Elemente werden wir ebenso ernst nehmen, wie wir entschlossen bleiben, gemeinsames Denken und Handeln zu fördern, den Kurs strikter Sparsamkeit bei Bund, Ländern und Gemeinden durchzusetzen und die Investitionskraft im Osten wie im Westen zu stärken. Entscheidend ist ein Solidarpakt aller öffentlichen Hände und der Sozialpartner. Wir begrüßen, daß die Koalition sich auf unseren Vorschlag geeinigt und der Bundeskanzler die Initiative zu den notwendigen Gesprächen ergriffen hat.

Die Koalition der Mitte aus CDU/CSU und FDP wird ihren Wahlauftrag erfüllen, die innere Einheit Deutschlands zu vollenden. Wir werden es den Sozialdemokraten nicht gestatten, durch hältlose Spekulationen über eine große Koalition von ihrer eigenen Zerrissenheit und Entscheidungsunfähigkeit abzulenken. ■

IG-Chemie-Chef begrüßt Solidarpakt

Die Einladung des Bundeskanzlers zu Gesprächen über einen Solidarpakt hat auch der Vorsitzende der IG Chemie, Hermann Rappe, begrüßt. Die Gewerkschaften seien im Rahmen dieser Gespräche dazu bereit, über eine Begrenzung des Lohnzuwachses im Westen und über den Zeitplan für die Angleichung im Ost-Einkommen zu verhandeln.

Allerdings müsse sich die Bundesregierung darüber im klaren sein, daß es im Ergebnis nur um einen sozial gerechten Ausgleich gehen könne.

Finanzpolitik auf bewährtem Kurs

Der wirtschaftliche Aufschwung in den neuen Bundesländern, der bevorstehende Europäische Binnenmarkt und die abgeschwächte Konjunktur erfordern eine Finanzpolitik, die vorrangig Wachstum und Beschäftigung stärkt. Dem trägt der Bundeshaushalt 1993 Rechnung.

Er ist ein Haushalt der Solidität, der Solidarität und der Zukunftsvorsorge. Damit gibt die Bundesregierung die richtige Antwort auf die gegenwärtigen Herausforderungen.

Stärkung der Wachstumskräfte

Durch eine weitreichende Reform der Unternehmensbesteuerung werden ganz neue Akzente zur Stärkung der wirtschaftlichen Wachstumskräfte gesetzt. Die Steuerbelastung deutscher Unternehmen ist im internationalen Vergleich sehr hoch. Damit die deutsche Wirtschaft wettbewerbsfähig und die Arbeitsplätze in Deutschland sicher bleiben, wird die Steuerbelastung deutscher Unternehmen den Bedingungen anderer führender Industriestaaten angepaßt. Eckpunkte unseres Standortsicherungskonzepts sind:

- Die Höchstsätze bei der Einkommensteuer für gewerbliche Einkünfte und bei der Körperschaftsteuer für einbehaltene Gewinne werden von 53 Prozent bzw. 50 Prozent auf 44 Prozent gesenkt.
- Für kleine und mittlere Unternehmen wird eine eigenkapitalschonende Ansparsabschreibung eingeführt.
- Bei der Erbschaftsteuer soll künftig — wie bei der Vermögensteuer — ein Freibetrag von 500.000 D-Mark und ein

Bewertungsabschlag von 25 Prozent gelten.

- Die Aussetzung der Gewerbe- und Vermögensteuer in den neuen Bundesländern wird bis zum Ende des Jahres 1995 verlängert.

Die Reform entspricht dem Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Verbessert werden die Chancen für erfolgreichen Wettbewerb und gesicherte Beschäftigung. Aber: Wer Spitzeneinkommen erzielt, wird auch künftig mit dem Spaltensteuersatz belastet.

Grundvoraussetzung für eine gute wirtschaftliche Zukunft ist die Rückführung der Neuverschuldung. Dies erreichen wir durch eine drastische Verringerung der Netto-Kredit-Aufnahme auf 38 Milliarden D-Mark. Der angekündigte Sparkurs wird konsequent durchgehalten. Dies erreichen wir durch

- eine Begrenzung aller Ausgaben um 2,5 Prozent,
- eine weitere Kürzung des Verteidigungshaushaltes um zwei Milliarden D-Mark und
- eine Fortsetzung des Subventionsabbaus.

Solidarität im Mittelpunkt

Im Bundeshaushalt 1993 ist jede fünfte Mark für die neuen Bundesländer vorgesehen. Die Investitionszulage wird in degressiver Form noch einmal — bis Ende 1994 — verlängert. Zur Entlastung des Arbeitsmarktes sind alleine knapp 30 Milliarden D-Mark vorgesehen.

Wir halten unsere Zusage ein: „Der Aufbau Ost hat Vorrang vor dem weiteren Ausbau West“.

Arbeitslosenquote rückgängig

Die Zahl der Arbeitslosen ist im August in Ost und West leicht rückläufig gewesen. Dies kommt auch in der für die alten Bundesländer dem Vormonat entsprechenden Arbeitslosenquote von sechs Prozent und für die jungen Bundesländer in der um 0,2 Prozent auf 14,4 Prozent gesunkenen Quote zum Ausdruck.

Julius Louven, sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: In den alten Bundesländern ist ein Rückgang leichten Ausmaßes jeweils in den vergangenen Jahren zu beobachten gewesen und kann daher nicht überraschen. Dennoch war unter anderem aufgrund des in dem großen Bundesland Nordrhein-Westfalen erst mit dem 31. August 1992 beginnenden neuen Schuljahres nicht mit einem solchen Rückgang zu rechnen. Auch ein Absinken der Kurzarbeiterzahlen um über 30.000 muß überraschen. Auf eine nachhaltige Änderung der Arbeitsmarktdaten in naher Zukunft ist daraus jedoch nicht zu schließen.

In den neuen Bundesländern fällt die Entwicklung der Arbeitslosenzahl etwas deutlicher mit einem Rückgang von 19.500 aus. Auffällig ist der enorme Anstieg in der beruflichen Weiterbildung auf 640.000. Bei einem gleichzeitigen Rückgang der Kurzarbeiterzahlen um rund 50.000 und nahezu gleichbleibender

Zahl der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen kann nicht von einer Abkehr von unserer aktiven Beschäftigungspolitik gesprochen werden.

Zum wiederholten Male erweisen sich die Einschätzungen der SPD-Opposition als völlig verfehlt. Weder kann von einer „Talfahrt am Arbeitsmarkt“ noch von einem „Trauerspiel“ gesprochen werden, wie es der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Thierse und der sozialpolitische Sprecher Schreiner gebetsmüllenartig, aber wahrheitswidrig vortragen.

Die aktive Arbeitsmarktpolitik wird bei den derzeitigen Konjunkturprognosen die entscheidende Brücke zu neuer Beschäftigung bleiben. Bei der Bewältigung der Hinterlassenschaft von 40 Jahren Sozialismus benötigen wir alle einen langen Atem, aber auch Flexibilität ist gefordert. Die jüngste Tarifeinigung bei der Lufthansa läßt hoffen, daß dies die Tarifvertragsparteien nunmehr eingesehen haben. Für solche Einsichten ist es bei dem besonders labilen Arbeitsmarkt Ost jetzt höchste Zeit. Mehr Flexibilität für die einzelnen Unternehmen wird unweigerlich mit wirtschaftlichem Erfolg verbunden sein. Auch wenn der Osten den Westen generell nicht kopieren darf, sollte diese Tarifeinigung in den neuen Bundesländern ausnahmsweise umgehend aufgegriffen werden.

Private Investitionstätigkeit verstärken

Schlüssel für eine Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt bleibt die Verstärkung der privaten Investitionstätigkeit, insbesondere der gewerblichen Wirtschaft. Die Bundesregierung hilft mit ihren vielfältigen Fördermaßnahmen und öffentlichen Infrastrukturinvestitionen, die notwendigen Rahmenbedingungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung zu schaffen.

Dieter Vogel, Sprecher der Bundesregierung

12-Punkte-Programm

Der Aufschwung Ost braucht zusätzliche Impulse

Den Wohlstand im Osten entwickeln, im Westen sichern — dies ist die Zielvorstellung eines 12-Punkte-Programms, das die Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aus den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) auf ihrer Klausurtagung am 24./25. August mit dem Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble beraten und beschlossen haben.

Auf Dauer, so die einhellige Meinung, kann die Attraktivität des Industriestandorts Deutschland nur mit den neuen Bundesländern erhalten und entwickelt werden — wir können uns saarländische Verhältnisse nicht flächendeckend leisten.

Udo Haschke, Vorsitzender der Landesgruppe Thüringen der CDU-Bundestagsfraktion: Der Aufschwung Ost muß an Tempo gewinnen, braucht zusätzliche Impulse. Bedenklich stimmen muß uns schon, wenn trotz gewaltigen Nachholbedarfs die Anzahl der Gewerbeanmeldungen (im Verhältnis zur Bevölkerung) in den neuen Bundesländern nicht höher ist als derzeit in den alten. Eine wesentliche Ursache dafür liegt in der Finanzschwäche potentieller Existenzgründer — in 40 Jahren SED-Herrschaft konnten eben allenfalls Bonzen Kapital sammeln, alle anderen sollten sich damit begnügen, das Marxsche Kapital zu lesen.

In dieser Situation greifen Sonderabschreibungsmodelle nicht. Hier ist für ostdeutsche Unternehmen eine stärkere — wir denken an eine 25prozentige —

Investitionszulage auch für den Erwerb von Immobilien, unumgänglich. Auch das Modell des Miet- und Pachtkaufs sollte von der Treuhandanstalt angeboten werden.

Für die sozialverträgliche Umstrukturierung der ostdeutschen Landwirtschaft halten wir akzeptable Kauf- und Pachtbedingungen und die Ausschöpfung der durch die EG gegebenen Sonderbedingungen für unerlässlich.

Seitens der Länder müssen gemeinsam mit der Treuhandanstalt Strukturkonzepte entwickelt werden, die industrielle

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten sind nicht einigungsbedingt, sondern die Folge 40jähriger Mißwirtschaft der SED.

Kerne sichern. Dies gilt insbesondere für eigenständige Bauunternehmen, die sich nur als Großunternehmen um die anstehenden Großaufträge im Hoch- und Tiefbau bewerben können.

Das im Frühjahrsgutachten der deutschen Wirtschaftsinstitute vorgeschlagene Modell der „Als-ob-Privatisierung“ halten wir für besonders hilfreich: Sanierungsfähige, aber in der bestehenden Größe nicht privatisierbare Unternehmen sollten sich, mit angemessenem Eigenkapital ausgestattet und aus der direkten

Obhut der Treuhandanstalt entlassen, „als-ob-privatisiert“ am Markt bewähren können. Diese Unternehmen hätten dann auch die Möglichkeit, das innovative Potential ihrer zunehmend gefährdeten Forschungskapazitäten zu erhalten und zu nutzen.

Schließlich muß in diesem Zusammenhang über neue Konzepte der Wiederbelebung der osteuropäischen Märkte nachgedacht werden. Wenn Hermes-Bürgschaften infolge der Zahlungsschwierigkeiten der osteuropäischen Länder nicht im gewünschten Maß greifen, könnte der Erwerb von Schürfrechten, könnten Modalitäten des ehemaligen deutsch-deutschen Warenverkehrs im Zusammenspiel von Außen- und Wirtschaftsministerium eine wirksame Alternative bilden (Frankreich hat sich in Kasachstan auf dieser Basis schon dicke Brocken im Ölgeschäft gesichert).

Als gewichtiges Investitionshemmnis erscheint uns, auch angesichts der noch nicht voll ausgebauten Strukturen in den neuen Bundesländern, die in den Jahren demokratisch bestimmter Rechtsstaatlichkeit gewachsene Regeldichte im Verwaltungsrecht. Hier könnten befristete Sonderregelungen (wie etwa das Bundesverkehrswegebeschleunigungsgesetz) Modell für eine Entbürokratisierung in ganz Deutschland werden.

In diesem Zusammenhang ist auch die Investitionspauschale an die Kommunen als ein effektiver Weg zu werten, ein unbürokratischer Weg, der die kommunale Selbstverwaltung stärkt, komplizierte Gegenfinanzierungen vermeidet und mittelständische Unternehmen durch die Vergabe öffentlicher Aufträge vor Ort nachhaltig fördert.

Die Menschen in den neuen Bundesländern wissen, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht einigungsbedingt sind, sondern Folge vierzigjähriger Miß-

wirtschaft der sich allmächtig wähnenden SED. Gleichwohl erwarten sie zu Recht vom vereinigten Deutschland eine echte Chance zum Neubeginn. Am Markt vorbei ausgebildeten Facharbeiter, Fach- und Hochschulabsolventen sollen zielgerichtet kurzfristige Fortbildungs- und Umschulungswege eröffnet werden. Handwerksinnungen, Berufsverbände und Gewerkschaften sehen wir hier in gemeinsamer Pflicht mit der Politik. Es ist Zeit, sich klarzumachen, daß Deutschland vor einer Herausforderung

1992 ist offensichtlich das Jahr der Wende, der Rückgang der Produktivität ist zum Stillstand gekommen. Wobei das Handwerk und der Mittelstand die dynamischen Elemente sind. Ab 1993 wird die Produktivität steigen. Das Jahr 1995 wird das Jahr des Wirtschaftswunders in Ostdeutschland sein.

Prof. Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank

steht, die nur in gemeinsamer Anstrengung bewältigt werden kann. Wir wollen einen Pakt der Vernunft, in dem für rund 15 Jahre 5 Prozent des Bruttonsozialproduktes in die neuen Bundesländer fließen, in dem die Anpassung der Osttarife durch Tarifverträge mit differenzierten Öffnungsklauseln ermöglicht wird, in dem Besserverdienende ihren öffentlich geäußerten Willen zum Teilen durch eine Investitionsanleihe verwirklichen können, in dem die neuen Bundesländer ab 1995 in den gesamtdeutschen Länderfinanzausgleich voll einzbezogen werden und bis dahin angemessene Finanzhilfe erhalten, nicht zuletzt auch als Übergangsfinanzierung zur Erhaltung der Kulturlandschaft in den neuen Bundesländern, einer Kulturlandschaft, die in den Jahren verordneter Zweistaatlichkeit die nationale Identität bewahren half. ■

Den Zustrom von nicht verfolgten Asylbewerbern endlich stoppen

Anlässlich seiner Klausurtagung am 3./4. September 1992 in Windhagen hat der Bundesvorstand die Ausschreitungen gegen Ausländer und Polizei auf das Schärfste verurteilt und die Forderung erhoben, daß jeder mit der vollen Härte des Gesetzes zur Rechenschaft gezogen wird, der Leib und Leben von Menschen gefährdet, Häuser in Brand setzt oder Ausländerhaß schürt. Keiner dieser Täter darf mit Nachsicht rechnen.

In einer Erklärung des Bundesvorstands heißt es weiter: Wer die gewalttätige Auseinandersetzung mit unserem Rechtsstaat sucht — gleich ob von rechts- oder links-extremistischer Seite —, muß eine eindeutige Antwort erhalten. Jeder Form von Gewalt und Extremismus muß eindeutig entgegengesetzt werden. Die CDU wird alles tun, damit die Fähigkeit des Staates, den Rechtsfrieden zu wahren, gesichert bleibt.

Ausländerfeindliche Vorfälle sind eine Schande für unser Land. Sie verletzen die Würde des Menschen. Sie schaden dem Ansehen Deutschlands in der Welt. Die CDU hat stets deutlich gemacht, daß Deutschland ein ausländerfreundliches Land ist und bleiben muß. Ausländerfeindliche Gewalttaten sind aber nicht nur ein Problem in den neuen und alten Bundesländern, sondern gleichermaßen auch ein Problem in anderen Staaten Europas und der Welt. Dies mindert nicht unsere Pflicht, im eigenen Land das Notwendige zu tun, um sie wirksam zu verhindern.

Wenn es der innere Friede in unserem Land erfordert, muß die Handlungsfähigkeit unseres Rechtsstaats verbessert wer-

den. Das Versammlungsrecht und der Straftatbestand des Landfriedensbruchs sind zu überprüfen und erforderlichenfalls zu verschärfen. Der Verfassungsschutz in den neuen Bundesländern ist konsequent und zügig aufzubauen. Die Feinde der Freiheit und des Rechtsfriedens dürfen keine Chance erhalten. Wir stehen zu unseren Polizeibeamten. Sie schützen unter großem persönlichen Einsatz unser aller Freiheit. Sie verdienen Dank und Unterstützung aller Bürgerinnen und Bürger.

Deutschland wird Menschen, die aus politischen, rassischen oder religiösen

Gefordert sind jetzt vor allem die Sozialdemokraten. Sie müssen jetzt die Entschlossenheit aufbringen, nicht mit Hinweis auf einen Sonderparteitag auf Zeit zu spielen, sondern den einmal beschrittenen Weg auch mit Mut zu verantwortlichem Handeln zu Ende zu gehen.

Generalsekretär Peter Hintze

Gründen in ihrer Heimat verfolgt werden, auch künftig Asyl gewähren. Diese Menschen müssen weiterhin Zuflucht bei uns finden können. Nur wenige der heutigen Asylbewerber sind jedoch Verfolgte. Das Asylrecht wird von immer mehr Asylbewerbern für die Zuwanderung aus wirtschaftlich-sozialen Gründen missbraucht. Die CDU Deutschlands tritt deshalb seit langem für eine verfassungsrechtlich durchgreifende Lösung ein, um diejenigen Personen von der Asylgewährung auszuschließen, die unseres Schutzes nicht bedürfen.

Der Zustrom von nicht verfolgten Asylbe-

Werbern muß endlich gestoppt werden. Die SPD hat sich bis heute einer vernünftigen Lösung, einschließlich einer Änderung des Grundgesetzes, verweigert. Die Bürger erwarten zu Recht, daß die SPD ihre ideologische Blockade-Politik aufgibt. Die nunmehr angekündigte Wende der SPD kommt sehr spät. Bei dieser bloßen Ankündigung darf es nicht bleiben. Den Worten der SPD müssen Taten folgen. Die CDU fordert deshalb, daß die notwendigen Schritte — einschließlich einer Grundgesetzänderung — jetzt unverzüglich eingeleitet werden.

Der Bundesvorstand weist mit Nachdruck den infamen Versuch von Repräsentanten der SPD zurück, die Verantwortung für den erheblichen Rückstand beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zu verschleiern und zu verwischen, indem sie die Verantwortung dafür dem Bundesminister des Innern zuweist. Tatsache ist, daß jeder Monat, in dem die SPD eine vernünftige Lösung der Asylproblematik blockiert, einen weiteren Zuzug von Zehntausenden von Asylbewerbern zur Folge hat.

Der Mißbrauch des Asylrechts geht auch zu Lasten jener Menschen, die als Bürgerkriegsflüchtlinge vorübergehend bei uns Zuflucht suchen. Wir Deutschen verschließen nicht die Augen vor dem Elend dieser Menschen. Wir sind bereit, sie aufzunehmen. Es darf nicht dazu kommen, daß unsere Möglichkeiten, sie aufzunehmen, und die Hilfsbereitschaft unserer Bevölkerung für diese Menschen durch den Mißbrauch des Asylrechts beeinträchtigt werden.

Unsere Demokratie muß wehrhaft bleiben. Die CDU Deutschlands wird sich deshalb auch weiterhin auf dem Felde der Inneren Sicherheit konsequent für den Schutz der Bürger einsetzen. Die Bürger müssen darauf vertrauen können, daß der Rechtsstaat ihre Freiheit wirksam

schützt. Jahrelang hat die SPD geduldet, daß de facto rechtsfreie Räume entstehen konnten. Durch zu große Nachsicht gegenüber linksextremistischen Gewalttätern hat sie den Boden dafür bereitet, daß heute rechtsextremistische Gewalttäter sich zur Konfrontation mit dem Rechtsstaat ermutigt fühlen.

Das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit staatlicher Institutionen ist Fundament für ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Die CDU ist entschlossen, die wachsende Kriminalität auf allen Ebenen noch effektiver zu bekämpfen. Insbesondere die Organisierte Kriminalität darf nicht zur Bedrohung für Staat und Gesellschaft werden. Den Strafverfolgungsbehörden muß es ermöglicht werden, in den Kernbereich der kriminellen Organisationen einzutreten.

Der Mißbrauch des Asylrechts muß endlich gelöst werden. Dazu zählt auch die Ergänzung des Grundgesetzes. Sie allein löst dieses Problem nicht, ist aber ein wichtiger Schritt zur Eindämmung des Asylmißbrauchs. Die SPD muß ihren Worten jetzt Taten folgen lassen.

Bundeskanzler Helmut Kohl

dringen. Die rechtlichen Möglichkeiten zum Einsatz technischer Mittel in Wohnungen verdächtiger Schwerkrimineller müssen erweitert werden. Wir müssen die gefährliche, konspirativ tätige Organisierte Kriminalität an ihren Wurzeln treffen können.

Das Organisierte Verbrechen kennt keine nationalen Grenzen. Dies gilt heute mehr denn je. Deshalb muß die internationale polizeiliche Zusammenarbeit weiter verbessert werden. EUROPOL muß dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Auf Dauer muß EUROPOL zu einer echten Europa-Polizei ausgebaut werden.

Appell an die Europäische Gemeinschaft:

Für eine gemeinsame Asylpolitik

Im zusammenwachsenden Europa kann die Asylproblematik und der Zustrom von Ausländern aus Nicht-EG-Ländern nur im Rahmen der Gemeinschaft gelöst werden, hat der Sprecher der CDU-Beobachter aus den neuen Bundesländern im Europäischen Parlament, Jürgen Schröder, erklärt.

In diesem Zusammenhang schlägt er die Einsetzung eines Unterausschusses im Europäischen Parlament vor, der sich mit den besonderen Problemen Deutschlands als eines bevorzugten Einwanderungslands befassen und sowohl der Kommission als auch dem Ministerrat Vorschläge unterbreiten soll, wie die Gemeinschaft das überforderte Deutschland — und insbesondere die neuen Bundesländer — entlasten kann.

Schröder verurteilte die in den neuen Bundesländern jüngst demonstrierte

Gewalt gegen Ausländer und deutsche Polizisten sowie die die Ausschreitungen begleitenden Sympathiekundgebungen aus der Bevölkerung aufs schärfste. Weiterhin stellte Schröder kritisch fest, seien die Landes- und Kommunalpolitiker in mehrfacher Hinsicht überfordert.

Sie hätten sowohl die Kontrolle über den Zustrom an Ausländern verloren und die Beschwerden der Bevölkerung nicht ernst genug genommen als auch die Gewaltbereitschaft frustrierter, sich politisch rechtsradikal gebärdender Jugendlicher unterschätzt.

Schröder rief die politisch Verantwortlichen in Deutschland dazu auf, das Grundgesetz dahingehend zu ändern, daß politisch, ethnisch und religiös Verfolgten Asyl gewährt werde, ohne jedoch jeden Einwanderungswilligen als Asylbewerber zu behandeln. Auch müsse das Gewaltmonopol dem Staat und nicht politisch radikalen Gruppen zukommen.

Als Christen auf dem Weg in das geeinte Europa

Unter diesem Motto findet am 25./26. September 1992 in Wittenberg die 33. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU statt.

In zwei Arbeitskreisen wird über die Verantwortung für ein wirtschaftlich starkes und soziales Europa und über gemeinsame Sicherheit in Europa diskutiert.

Hauptredner der Bundestagung:
Bundeskanzler Helmut Kohl.

In Wittenberg wird auch der Vorsitzende des EAK neu gewählt. Vorschlag des EAK-Bundesvorstands für diese Wahl: Bundesministerin Angela Merkel.

Anmeldungen und Rückfragen richten Sie bitte — auch unter Angabe von Übernachtungswünschen — an die

**EAK-Bundesgeschäftsstelle
Friedrich-Ebert-Allee 73–75
5300 Bonn 1
Telefon (02 28) 54 43 02.**

Junge Union in den neuen Ländern verurteilt Gewalt gegen Ausländer

Die Landesvorstände der Jungen Union in den jungen Bundesländern und Berlin haben bei einer Konferenz in Potsdam die erneuten Ausschreitungen Rechtsradikaler in den jungen Bundesländern scharf verurteilt. Für Gewalt gebe es keinerlei Entschuldigung oder Rechtfertigung.

Die Versäumnisse der politisch Verantwortlichen sieht die Junge Union nicht alleine in Fehlern bei den Polizeieinsätzen. Wo im Vorfeld nicht auf begründete Kritik der Bürger reagiert werde, seien viele in gewalttätigen Aktionen einen Ausweg. So müßten unzumutbare Verhältnisse des Zusammenwohnens geändert werden, bevor Gewalttäter sich als vermeintliche Problemlöser aufspielen könnten.

Es wäre verhängnisvoll, wenn junge Menschen in den jungen Bundesländern den Eindruck gewinnen, man käme mit „Randalie“ ans Ziel.

Die Junge Union erneuerte ihren Appell, in allen Schulen, Ausbildungsstätten und Jugendfreizeiteinrichtungen das Thema „friedliches Zusammenleben mit Ausländern“ zum Mittelpunkt geeigneter Informationsveranstaltungen zu machen.

Die notwendigen Reformen des Asylrechts und Verbesserungen des Verwaltungsverfahrens sind nach Ansicht der Jungen Union wichtige Voraussetzungen, um das Zusammenleben mit Ausländern wieder überall auf eine friedliche Grundlage zu stellen. Auch müßten die Polizeibeamten besser vorbereitet und ihre Arbeit aufgewertet werden.

Genauso wichtig aber sei das Bewußtsein, daß den bei uns lebenden Ausländern friedlich und freundschaftlich

begegnet werden müsse. Für dieses Bewußtsein wird die JU verstärkt werben. Wer meint, in den jungen Bundesländern Stimmung gegen Ausländer machen zu können, wird auf den entschiedenen Widerstand der Jungen Union stoßen. Der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Hermann Gröhe, wies in Bonn darauf hin, daß alle bisherigen Versuche, das Asylrecht auf die wirklich Verfolgten zu begrenzen, gescheitert sind. Gerade weil wir, so Gröhe, jede Gewalttat rechts-

Hermann Gröhe: Das Asylrecht muß auf die wirklich Verfolgten begrenzt bleiben.

radikaler Gewalttäter auf das Schärfste verurteilen, bedarf es einer Lösung des Problems der unkontrollierten Zuwanderung: „Wir brauchen die Grundgesetzergänzung beim Asylrecht, auf die die Union seit langem drängt und bei der die SPD immer noch zerstritten ist. Rechthabern beim Asylrecht allein genügt allerdings nicht. Wir brauchen dringend eine umfassende Kampagne gegen Ausländerfeindlichkeit und für ein gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern. Auch Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände müssen hier noch mehr tun.“

Die Junge Union Deutschlands habe, so Gröhe, mit ihrer Aktion „Gewalt gegen Ausländer — Laß Dich nicht anstecken!“ bereits seit Frühjahr diesen Jahres konkrete Akzente gesetzt. Die Aktion mit Informationsveranstaltungen, Plakaten, Broschüren und Aufklebern trage zur breiten Aufklärung auch in den jungen Bundesländern bei.

Generalsekretär Peter Hintze:

Wir dürfen nicht zulassen, daß die Nein-Sager die Diskussion bestimmen

In einem Brief an die Vorsitzenden der Kreisverbände sowie an deren Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen hat Generalsekretär Peter Hintze zur Diskussion über das Gesundheits-Strukturgesetz Stellung genommen und Informationsmaterial zur Verfügung gestellt:

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Diskussion um das Gesundheitswesen nimmt an Heftigkeit wieder zu. Mit unsachlichen und teilweise polemischen Argumenten gehen Opposition und Teile der Leistungsanbieter gegen das sozial gerechte und ausgewogene Konzept von Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer zur Stabilisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung vor.

Die Erfahrungen der letzten Wochen, insbesondere der Zahnärztestreik, die Rote-Karte-Aktion der Ärzte in Baden-Württemberg sowie die am Wochenende bekannt gewordene Finanzierung von Aktionen des Hartmann-Bundes durch die Pharmaindustrie lassen befürchten, daß die Gegner die Erste Lesung des Gesundheits-Strukturgesetzes am 11. September 1992 zum Anlaß nehmen werden, ihre unsachliche Kampagne zu forcieren. Daher ist es wichtig, daß die CDU auf allen Ebenen offensiv die Auseinandersetzung führt, für ein solidarisches Miteinander aller am Gesundheitswesen Beteiligten wirbt und zur Versachlichung der Diskussion beiträgt. Wir dürfen nicht zulassen, daß die Verweigerer, Nein-Sager und Lobbyisten diese Diskussion

bestimmen. Der Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ muß gerade im Gesundheitswesen Gültigkeit haben.

Die CDU will ein freiheitliches Gesundheitswesen erhalten, das eine medizinische Versorgung auf hohem Niveau bei sozialverträglichen Beiträgen sichert. Dies ist aber nur dann zu schaffen, wenn es gelingt, die Ausgaben in der Gesetzlichen Krankenversicherung zu stabilisieren. Explodierende Ausgaben von heute schlagen um in explodierende Beiträge von morgen. Steigende Beitragssätze führen aber zu vielfältigen negativen Folgewirkungen, die von niemandem gewollt sein können.

Sie überfordern Arbeitnehmer und Arbeitgeber, und das in einer Situation, in der alle Anstrengungen auf den Aufbau der neuen Bundesländer und auf den Start in den Europäischen Binnenmarkt und in die Europäische Union gerichtet sein müssen. Sie fördern inflationäre Tendenzen und belasten insbesondere die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen. Sie begrenzen den Spielraum für den medizinischen Fortschritt und für zwingend notwendige, zusätzliche soziale Leistungen. Steigende Beitragssätze erschweren insbesondere die Einführung einer Pflegeversicherung, die angesichts 1,6 Millionen pflegebedürftiger Menschen in Deutschland zu den vordringlichsten sozialpolitischen Aufgaben gehört. Den Rentnern schaden sie in doppelter Weise. Zum einen begrenzen sie den Spielraum für die Rentenerhöhungen, da die Renten der Nettolohn-Entwicklung folgen, zum anderen ergibt sich

auch für die Rentner eine zusätzliche Belastung durch steigende Beitragssätze. Das von der Koalition vorgeschlagene Gesundheits-Strukturgesetz beinhaltet sowohl eine kurzfristig wirksame Kostenbremse als auch strukturelle Maßnahmen, die mittelfristig die Fehlentwicklungen im Gesundheitswesen korrigieren und langfristig zu einer Neudeinition der Aufgaben unseres Sozialstaates führen.

Die Vorschläge bauen auf der Bereitschaft aller am Gesundheitswesen Beteiligten auf, durch begrenzten Verzicht unser Gesundheitswesen langfristig zu sichern. Es sind keine einseitigen Belastungen vorgesehen, weder für die Versicherten und Patienten noch für die Leistungserbringer und Unternehmen. Alle erbringen ihren Beitrag im Rahmen ihrer Möglichkeiten, die Versicherten genau so wie die Krankenhäuser, die Ärzte und die Pharmaindustrie. Die Beiträge der Beteiligten sind ausgewogen, wirtschaftlich angemessen und sozial verträglich.

Die Härtefallregelungen für die Versicherten bleiben voll erhalten und sorgen dafür, daß niemand über Gebühr belastet

wird. Die Vorschläge sind sozial, weil nichts zu höherer sozialer Ungerechtigkeit führen würde als die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes. Wenn die Krankenkassen ihre Beiträge erhöhen müssen, werden alle Versicherten stärker belastet.

Wem jetzt die Kraft und der Mut fehlt, im Gesundheitswesen eine wirksame Kostenbremse einzubauen, muß sich vorwerfen lassen, den Versicherten in der Zukunft jährliche Beitragssatzsteigerungen von 0,5 Beitragssatz-Prozentpunkten zuzumuten. Es ist daher völlig inakzeptabel, wenn Teile der Leistungsanbieter das Reformkonzept ablehnen, ohne eine echte Alternative anzubieten, und wenn die SPD bereits jetzt wieder ankündigt, ihre Verweigerungshaltung auf dem sensiblen Feld der Sozialpolitik fortsetzen zu wollen.

Wir dürfen daher keine Chance auslassen, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger auf diese kurzsichtige, eigennützige und wenig problemlösungsorientierte Haltung hinzuweisen und für unsere Politik der Zukunftssicherung zu werben. ■

Jubiläum von „schülerpresse aktuell“

„schülerpresse aktuell“ (spa), der Presse- und Informationsdienst der Konrad-Adenauer-Stiftung für Schüler-, Jugend und Vereinszeitungen, erscheint in diesem Monat zum zweihundertsten Mal.

Seit 1974 bringt dieser vom Bereich Politische Bildung herausgegebene, monatlich erscheinende und kostenlose Dienst Nachrichten, Berichte, praktische Anwendungen und Druckvorlagen für das Layout von Jugendzeitungen. Informiert wird vor allem über die Bereiche Schule, Universität,

Berufsausbildung und aktuelle Jugendthemen.

Auf immer größere Resonanz stoßen bei den mittlerweile über 5 000 Abonnenten, davon knapp 1 400 aus den neuen Bundesländern, die Presse-Infos über Veranstaltungen, Wettbewerbe, Personalien oder Neuveröffentlichungen im Jugendpresse-Bereich. Weitere Informationen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung,
Schloß Eichholz, Redaktion
„schülerpresse aktuell“,
Postfach 1331, 5047 Wesseling.**

Fast jede zweite Familie im Osten ist zufrieden

Fast jede zweite Familie in Ostdeutschland ist mit der Entwicklung ihres Lebensstandards zufrieden. Dagegen meinen 15 Prozent, daß sich ihre wirtschaftliche Lage seit der Wiedervereinigung verschlechtert habe. Das ergab eine Repräsentativ-Umfrage unter 1.000 Familien in den neuen Bundesländern, die das Bundesfamilienministerium in Bonn vorge stellt hat.

Danach gaben 46 Prozent der Befragten an, ihr Lebensstandard habe sich seit der Wende 1989 verbessert. 15 Prozent sprachen dagegen von einem Absinken des Standards.

Weniger zufrieden zeigten sich die Familien mit ihrer Wohnsituation. So lebten

Umfrage: Lebensstandard hat sich verbessert

56 Prozent der Drei- und noch 14 Prozent der Fünfpersonenhaushalte in 50 bis 70 Quadratmetern. Von den Ehepaaren mit einem Kind hatten 12 Prozent kein Kinderzimmer. Bei drei und mehr Kindern waren dies immer noch vier Prozent der Paare, bei unverheiratet zusammenlebenden Paaren sogar 22 Prozent. Ehepaare mit zwei Kindern bezahlen für ihre Mietwohnung im Schnitt 500 Mark Miete. Jede zehnte Familie besitzt das Haus, in dem sie wohnt.

Bundesfamilienministerin Hannelore Rönsch nannte es sehr erfreulich, daß sich die wirtschaftliche Lage vieler Familien in den neuen Ländern innerhalb recht kurzer Zeit verbessert habe. ■

Wohnungsbau auf steilem Wachstumskurs

Der Wohnungsbau hat nach der Verabschiedung des wohnungspolitischen Sofortprogramms der Bundesregierung im Februar einen neuen kräftigen Schub bekommen.

Im März dieses Jahres stieg die Zahl der neu zum Bau genehmigten Wohnungen um 30,4 Prozent gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahrs an (40 412 gegenüber 30 984 Wohnungen im März 1991). Dieser sprunghafte Anstieg ist um so bemerkenswerter, als er vor dem Hin-

Neuer Schub bei Baugenehmigungen

tergrund eines schon relativ hohen Genehmigungsergebnisses im Jahr 1991 (insgesamt mehr als 400 000 Wohnungen) gesehen werden muß.

In den ersten drei Monaten des Jahres 1992 lag die Steigerungsrate bei den Baugenehmigungen insgesamt bei 14 Prozent (99 724 gegenüber 87 479 Wohnungen im Vergleichszeitraum des Vorjahrs). In den Monaten Januar und Februar ist die Steigerungsrate bei den Genehmigungen insbesondere im Einfamilienhausbereich schwächer ausgefallen, da viele Bauherren offenbar die endgültige Entscheidung über die steuerlichen Verbesserungen abgewartet haben.

Auch bei den Fertigstellungen im Wohnungsbau war eine weitere Steigerung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Im März 1992 lag die Steigerungsrate gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahrs bei 36,5 Prozent (11 308 Wohnungen gegenüber 8 287 im März 1991). ■

Deutsch-französische Erklärung:

Zusammenarbeit in der Familien- und Seniorenpolitik verstärken

Deutschland und Frankreich haben in der Vergangenheit auf vielen Feldern innerhalb der europäischen Staaten-gemeinschaft eine Vorreiterrolle über-nommen. Mir ist es ein wichtiges Anliegen, daß der europäische Binnen-markt 1993 auch ein Gewinn für die Familien und die älteren Menschen in Europa wird.

Das betonte die Bundesministerin für Familie und Senioren, Hannelore Rönsch, anlässlich der deutsch-französischen Erklärung zur Familien- und Seniorenpolitik, die am 3. September in Paris von Frau Rönsch und dem französischen Sozialminister, René Teulade, unterzeichnet wurde. In der Erklärung bringen die beiden Länder ihre Absicht zum Ausdruck, künftig in der Politik für die Familie und für ältere Menschen stärker zusammenzuarbeiten, nicht zuletzt im Hinblick auf ein vereintes Europa.

Durch zunehmende Mobilitätsanforde-rungen an die Menschen in Europa, durch den demographischen Wandel, ver-änderte Familienstrukturen und erwei-terte Lebenspläne der Frauen seien Frankreich und Deutschland oftmals vor die gleichen Probleme gestellt. Hier erge-ben sich zahlreiche Anknüpfungspunkte für einen intensiven Erfahrungsaustausch und auch für die Entwicklung gemeinsamer Strategien in Europa, sagte Bundes-ministerin Rönsch.

Das Thema Kindergartenplätze nannte Frau Rönsch als ein Beispiel: In der Bun-desrepublik stehen wir vor der Einfüh-
rung eines Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz für Kinder zwischen

drei und sechs Jahren. Die ganztägige Unterbringung von Kindern ist in Frank-reich eine Selbstverständlichkeit. Hier können wir von den französischen Erfah-run-gen lernen und profitieren.

Auch für die Seniorenpolitik wies die Ministerin auf eine konkrete Möglicheit der Zusammenarbeit hin: Der Ausbau von ambulanten sozialen Diensten, die älter werdenden Menschen einen Ver-bleib in ihrer vertrauten Umgebung

Familienstrukturen – Mobilitätsanforderungen – demographischer Wandel: Deutschland und Frankreich stehen vor denselben Problemen.

ermöglichen, auch wenn sie sich nicht mehr alleine versorgen können, ist ein Gebiet, auf dem wir in der Bundesrepu-blik Deutschland in den letzten Jahren schon erhebliche Fortschritte erzielt haben.

Die familien- und seniorenpolitische Zusammenarbeit wurde gestern in Paris gleich konkret aufgenommen: Eine deutsch-französische Arbeitsgruppe mit Fachreferenten des französischen Sozial-ministeriums und des deutschen Bundes-ministeriums für Familie und Senioren traf sich zu ihrer konstituierenden Sit-zung. Themen der ersten Zusammenkunft waren neben aktuellen Fragen der Famili-en- und Seniorenpolitik die Vorberei-tung des Internationalen Jahres der Famili-e 1994 und das Europäische Jahr der älteren Menschen 1993.

Europa braucht eine eigenständige Verantwortung für seine Sicherheit

Für alle derzeitigen und zukünftigen Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft fordert der stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion, Bernhard Sälzer, die uneingeschränkte Handlungsfähigkeit im Rahmen einer zukünftigen europäischen Sicherheitspolitik.

Eine neue europäische Sicherheitsunion, die in Fortführung der Maastrichter Verträge zu schaffen ist, muß auch dann handlungsfähig sein, wenn die Entscheidungsgremien der UNO blockiert sein sollten.

Der Bürgerkrieg und der Völkermord in Jugoslawien zeigen unmißverständlich, daß die Europäer eigenständig Verantwortung für ihre Sicherheit übernehmen müssen. Dabei ist das zunächst von Deutschland und Frankreich geschaffene Euro-Korps ein erster Schritt. Alle EG-Mitglieder sind eingeladen, sich zu beteiligen.

Die europäische Sicherheitspolitik muß, so Bernhard Sälzer, fest in der Gemeinschaft verankert sein. Die Westeuropä-

ische Union (WEU) ist dabei der operative Kern.

Die NATO bleibt für die Sicherheit Europas unverzichtbar. Daher muß die europäische Sicherheitsunion gemeinsam mit den USA und nicht gegen sie entwickelt werden. Die unsicheren Entwicklungen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und die dort vorhandenen Atomwaffen-Arsenale verbieten jede andere Überlegung.

Bernhard Sälzer verurteilte die Überlegungen der SPD, ein ausschließliches Gewaltmonopol der UNO zu schaffen und damit die Sicherheit Europas garantieren zu wollen. Eine Europäische Sicherheitsunion muß auch dann handlungsfähig sein, wenn die europäische Sicherheit bedroht ist, ohne daß ein klassischer Bündnisfall gemäß NATO oder WEU-Vertrag vorliegt.

Entsprechende Konflikte in Europa sind nicht auszuschließen. In solchen Fällen darf die europäische Sicherheit nicht von ungewissen Entscheidungssituationen in den Gremien der UNO abhängig gemacht werden.

Neu: Europäischer Feuerwaffenpaß

Der Rat der EG hat eine Richtlinie über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen, die sogenannte Waffen-Richtlinie verabschiedet, die zum 1. Januar 1993 in Kraft tritt.

Wie der niederrheinische CDU-Europaabgeordnete Karl-Heinz Florenz mitteilte, ist das grundlegend Neue an der Waffenrichtlinie die Einführung

des europäischen Feuerwaffenpasses, in den die Genehmigung zum Besitz der Waffe eingetragen wird.

Erklärend weist der Europaabgeordnete darauf hin: Die niederrheinischen Jäger und Sportschützen wird es interessieren, daß für sie jedoch eine Ausnahme von der strikten Genehmigungspflicht vorgesehen ist.

Sicherheit heute muß ganz neuen Konfliktursachen gerecht werden

Anläßlich der Vorstellung des Beschlusses „Sicherheitsvorsorge für eine neue Zeit“ erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Sicherheitspolitik der CDU, Otto Hauser:

Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation hat der Begriff Sicherheit eine neue, weitgefaßte Dimension angenommen. Es gilt heute, Vorsorge gegen Risiken mit völlig veränderten Qualitäten zu treffen. Eine zukunftsweisende Politik der Friedenssicherung darf nicht nur die politischen und militärischen Aspekte beinhalten, sie muß ebenso den zunehmenden ökonomischen, sozialen und ökologischen Konfliktursachen gerecht werden.

Für Deutschland heißt das, daß es sich seiner gewachsenen weltpolitischen Verantwortung stellen muß. Als jahrzehntelange Netto-Importeure von Sicherheit sind wir nun in die Pflicht genommen, eine aktive und engagierte Rolle bei der Gestaltung der „Neuen Weltordnung“ zu übernehmen. Dazu zählt auch der militärische Einsatz deutscher Streitkräfte, wenn das kollektive Sicherheitsinteresse des atlantischen Bündnisses, der Europäischen Gemeinschaft und der Vereinten Nationen dies erforderlich macht. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft muß sich Deutschland für eine Politik einsetzen, die auf der Basis einer fairen internationalen Lastenteilung

- die Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa unterstützt,
- weltweit Armut und Unterentwicklung bekämpft,
- natürliche Lebensgrundlagen schützt und bewahrt,

- Menschen- und Bürgerrechten zur Eindämmung von Konflikten Geltung verschafft.

Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäer ist die Voraussetzung dafür, diesen Verpflichtungen wirkungsvoll nachzukommen.

Diese Politik kann aber nur auf der Grundlage stabiler europäischer Nachbarschaftsverhältnisse erfolgen: Keine Macht in Europa sollte so stark sein, daß sich andere europäische Staaten bedroht fühlen. Durch Abrüstung und Vertrauensbildung können Sicherheit und Stabilität für unseren Kontinent auf einem wesentlich niedrigeren Niveau hergestellt werden. Doch gilt es, Mechanismen zu entwickeln, mit denen Konflikte verhindert und auch beendet werden können:

- Ein Gleichgewichtsmechanismus, der die strategischen Optionen der GUS-Staaten und der NATO kombiniert und im NATO-Kooperationsrat seinen institutionellen Ausdruck findet, muß zum tragenden Pfeiler der Verständigung und Zusammenarbeit in Europa werden.
- NATO, Europäische Politische Union, WEU und KSZE müssen sich zu Instrumenten der Friedenserhaltung und der aktiven Konfliktbeilegung entwickeln.
- Nur durch eine Stärkung der Vereinten Nationen werden weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle ermöglicht.
- Die Völkergemeinschaft wird im Rahmen der UNO auch weiterhin auf militärische Mittel als ultima ratio angewiesen sein.

Der vollständige Beschuß ist bei der CDU-Bundesgeschäftstelle, Tel.: (0228) 54 42 01 erhältlich.

TA Siedlungsabfall ist das Ende der klassischen Hausmülldeponie

Städte und Kreise müssen künftig stärker als bisher Maßnahmen zur Abfallvermeidung, stofflichen Verwertung und Schadstoffentfrachtung ergreifen. Deshalb wird die Deponierung von Abfällen stark eingeschränkt. Auf die Deponie dürfen nur noch die Reststoffe, die auf keine andere Art und Weise vermieden oder verwertet werden können. Um Altlasten zu vermeiden, müssen Abfälle vor der Deponierung behandelt werden.

Dies sieht der Entwurf der von Bundesumweltminister Klaus Töpfer erarbeiteten Technischen Anleitung (TA) für Siedlungsabfälle vor, den das Bundeskabinett am 27. August beschlossen hat. Er wird nun dem Bundesrat zur Zustimmung zugeleitet.

Die neue Verwaltungsvorschrift stellt strenge Umweltanforderungen an die Entsorgung von Hausmüll und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen (jährlich rund ca. 40 Mio. Tonnen, einschließlich der neuen Länder), Bauabfällen (deutlich über 200 Mio. Tonnen) und Klärschlamm (rund 50 Mio. Tonnen). Mit ihrer Hilfe sollen Landkreise und Städte die Entsorgungssicherheit wiederherstellen.

Ziel der TA Siedlungsabfall ist es, die zu deponierenden festen Siedlungsabfälle soweit wie möglich zu verringern. Dabei werden mit integrierten Entsorgungssystemen die verschiedenen Schritte zur Vermeidung, stofflichen Verwertung, Schadstoffentfrachtung sowie zur umweltverträglichen Beseitigung der Restabfälle optimal aufeinander abgestimmt und miteinander verbunden.

Die TA Siedlungsabfall trifft insbeson-

dere Regelungen für folgende Kernbereiche:

● Kriterien für die Aufstellung integrierter Abfallwirtschaftskonzepte

Die entsorgungspflichtigen Körperschaften werden angehalten, alle abfallwirtschaftlichen Maßnahmen der Vermeidung, stofflichen Verwertung und umweltverträglichen Entsorgung sowie die erforderliche Anlagenstruktur in einem integrierten Abfallwirtschaftskonzept darzustellen.

● Anforderungen an die Schadstoffentfrachtung und die stoffliche Verwertung

Wichtige Voraussetzung für eine effektive stoffliche Verwertung der Abfälle ist die Getrennthaltung und -sammlung von Wertstoffen, Wertstoffgemischen und Problemstoffen.

● Anforderungen an die Vorbehandlung von Abfällen

Anforderungen an die Behandlungsanlagen für Siedlungsabfälle beziehen sich sowohl auf die Behandlung der Abfälle selbst als auch auf die Beschaffenheit und ggf. Nachbehandlung von Rückständen.

● Anforderungen an die Ablagerung von Abfällen

Beschränkung der Ablagerung auf inerte und unlösliche Abfälle („erdkrustenähnlich“).

Die TA Siedlungsabfall bedeutet das Ende der klassischen Hausmülldeponie,

erklärte Bundesumweltminister Töpfer. Grund hierfür ist, daß ehemalige Deponien heute vielfach Altlasten darstellen. Insbesondere problematisches Sickerwasser und Deponiegase gefährden die Umwelt und die Gesundheit der Menschen.

Da auch immer aufwendigere Abdichtungssysteme für Deponien auf Dauer keinen absoluten Schutz vor dem Austritt schädlicher Stoffe garantieren, sollen künftig nur noch Abfälle abgelagert werden, die auch auf lange Sicht keine negativen Auswirkungen auf die Umwelt befürchten lassen, betonte Töpfer. Denn wir dürfen unsere Probleme mit dem Wohlstandsmüll nicht späteren Generationen aufbinden.

Für Abfälle, die diesen Anforderungen nicht genügen, ist eine Vorbehandlung vor der Ablagerung erforderlich. Hierfür kommt nach dem jetzigen Stand der Technik insbesondere die Verbrennung in Frage, die in Deutschland äußerst strengen Anforderungen an die Luftreinhaltung unterliegt.

Diese thermische Behandlung nichtmineralischer Restabfälle wird auch vom Sachständigenrat für Umweltfragen im Sondergutachten „Abfallwirtschaft“ im September 1990 als unverzichtbarer Schritt vor der Ablagerung bezeichnet, verwies Töpfer auf die wissenschaftliche Unterstützung seiner Konzeption.

Klaus Töpfer: Die Schließung der Grenzen für deutschen Hausmüll durch die französische Regierung hat in den letzten Tagen sowohl den betroffenen Ländern und Gemeinden, aber auch den Bürgern deutlich gemacht, daß wir die Rückstände unseres Wohlstandes überall in eigener Verantwortung entsorgen müssen. Dabei lassen sich durch verstärkte Vermeidung und Verwertung bedeutsame Entlastungen der Entsorgungsanlagen erzielen. Trotz aller Anstrengungen wird unsere Wohlstandsgesellschaft aber auch künftig große Abfallmengen produzieren. Wir werden daher auf Müllverbrennung ebensowenig verzichten können wie auf Deponien. Entscheidend ist, daß vorher alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. ■

Aus dem Arbeitsprogramm der KAS

Für Angehörige einer ganzen Reihe von Zielgruppen — insbesondere für Lehrerinnen und Lehrer — veranstaltet die Konrad-Adenauer-Stiftung zahlreiche Tagungen über Fragen der Entwicklungszusammenarbeit. Hierzu zählen zum Beispiel:

- Eine Welt — eine Zukunft: Entwicklungspolitik als Thema im Schulunterricht (VA Nr. 317) Fachtagung für Lehrerinnen und Lehrer an Real- und Gesamtschulen 12. bis 15. Dezember 1992
- Afrika, ein vergessener Kontinent?

Neue Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit Tagung für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger

6. bis 9. Januar 1993

Die Veranstaltungen finden in Schloß Eichholz bei Bonn statt.

Weitere Informationen/
Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Institut für Politische Bildung
Bildungszentrum Schloß Eichholz
Postfach 13 31
W-5047 Wesseling**

Für ausreichende Mobilität so umweltverträglich wie möglich

Anlässlich der Anhörung des Bundesfachausschusses Umweltpolitik der CDU „Ist der Verkehrskollaps vermeidbar? — Wege zu einem umweltverträglichen Verkehrswesen“ erklärte der Vorsitzende, Kurt-Dieter Grill:

Die umweltverträgliche Gestaltung des Verkehrswesens ist ein wichtiger Bereich deutscher Politik, der in besonderer Weise Einfluß auf die zukünftige Rolle unseres Landes in Europa haben wird. Nicht zuletzt dokumentiert der Bundesfachausschuß Umweltpolitik der CDU dies damit, daß beide mit dieser Thematik besonders befaßten Bundesminister — Bundesverkehrsminister Günther Krause und Bundesumweltminister Klaus Töpfer — sowie weitere führende Experten ihre Einschätzung der Lage und zukünftige Entwicklungen darlegen. Im einzelnen sieht der Bundesfachausschuß Umweltpolitik folgende Schwerpunkte:

- Größte Anstrengungen sind in den kommenden Jahren nötig, um die durch die Schaffung des Europäischen Binnenmarktes, dem Aufbau der neuen Bundesländer sowie den durch die weitere Öffnung Osteuropas entstehenden Verkehrsbedarf zu bewältigen. Es geht darum, den drohenden Verkehrskollaps zu vermeiden, die verkehrsbedingten Umweltbelastungen drastisch zu vermindern und dabei eine ausreichende Mobilität für die weitere Entwicklung unserer Wirtschaft, insbesondere auch zur Integration der neuen Bundesländer, sicherzustellen.

- Wir brauchen langfristig eine „integrierte Verkehrsplanung“, die Wirtschafts-, Umwelt-, aber auch Raumordnungspolitik als ein vernetztes System begreift. Zugleich sind Anreize für indivi-

duelle Verhaltensänderungen zu schaffen, die zur Entlastung der Umwelt beitragen. All dies muß schon heute eingeleitet werden, denn was lange dauert, muß jetzt begonnen werden.

- Ein Schlüsselement stellt die Beeinflussung der Nachfrage von Verkehrsleistungen dar. Schon gegenwärtig besteht eine „Übernachfrage“ von Verkehrsleistungen, da bisher nicht die vollen Kosten der Verkehrsleistungen von den Verkehrsteilnehmern getragen werden. Daher sollten in Zukunft neben den privaten Kosten auch die Infrastruktur- und Umweltkosten den Verursachern in voller

Wir müssen den drohenden Verkehrskollaps vermeiden und die verkehrsbedingten Umweltbelastungen drastisch vermindern.

Höhe angelastet werden. Eine verursachergerechte Zuordnung der Kosten ist der beste Weg, die Ziele des Umweltschutzes und der Verkehrspolitik stärker miteinander in Einklang zu bringen.

- Mobilität bildet eine wesentliche Voraussetzung für eine funktionierende, hochentwickelte Volkswirtschaft. Diese ist aber nicht zuletzt auch wegen des Vorbildcharakters für weniger entwickelte Länder so umweltverträglich wie möglich zu erzielen. Der internationale Konsens zum Schutz der Erdatmosphäre, der auf der Konferenz für „Umwelt und Entwicklung“ in Rio erzielt werden konnte, ist für uns politisch verpflichtend. Dies bedeutet zum Beispiel auch, daß eine Förderung

Aus der Arbeit der KAS

Seit kurzem auf dem Markt: eine weitere Ausgabe der im Auftrag der KAS erscheinenden „Zeitschrift zur politischen Bildung — Eichholz Brief“.

Das Oberthema von Heft 3/92:

Umwelt und Entwicklung

Einige der Autoren und Themen dieser 120 Seiten umfassenden Veröffentlichung:

- Bundesminister Klaus Töpfer: Die Konferenz von Rio — Beginn einer vertrauensvollen Zusammenarbeit
- Staatssekretär Dieter Reinfried: Die verheimlichte Katastrophe — Das ökologische Erbe des Kommunismus
- Staatssekretär Hans-Peter Repnik: Umwelt und Entwicklung — Zur Notwendigkeit einer globalen Strategie

● Prof. Ernst Josef Fittkau:
Die grüne Wiese — Nachruf auf den Regenwald

● Prof. Manfred Domröss:
Bevölkerungsexplosion und Ökosysteme

● Heinz Seesing:
Reich auf Kosten der Umwelt der Armen?

Die „Zeitschrift zur politischen Bildung — Eichholz Brief“ erscheint vierteljährlich. Im Abonnement kostet sie 7,20 DM pro Jahr (zuzüglich Versandkostenanteil). Ansichtsexemplare von Heft 3/92 verschickt (ohne Berechnung):

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Postfach 1331
W-5047 Wesseling.**

des Verkehrsflusses in der bestehenden Infrastruktur vor dem Ausbau rangiert. Insgesamt gilt es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, so viel Verkehr wie möglich zu vermeiden und so viel Verkehr wie nötig zu verlagern.

● Zur Entlastung der Umwelt ist auf eine Reduzierung der Fahrleistungen des Kfz-Verkehrs und auf eine Zunahme der Beförderungen im öffentlichen Verkehr und der Transportkapazitäten im Eisenbahn- und Schiffsverkehr hinzuwirken. Dies darf nicht durch einen einseitigen Malus bei dem einen, sondern kann nur bei gleichzeitigem Bonus für den anderen Verkehrsträger funktionieren. Die Verteuerung des Autos ist abzulehnen, vielmehr muß der öffentliche Personennahverkehr in seiner Attraktivität gestärkt werden.

Dazu zählt die erfolgreiche Durchführung einer Strukturreform der Deutschen Bundesbahn sowie Logistiklösungen beim Güterverkehr auf der Straße, die zum Beispiel verhindern, daß ein Drittel der Lkws Leerfahrten durchführen.

● Das technische Minderungspotential der Emissionen bei den einzelnen Verkehrsmitteln muß optimal ausgenutzt werden. Aber auch fortschrittliche Umwelttechnik reicht nicht aus, um die steigenden Emissionen aus zusätzlichen Verkehrsleistungen zu kompensieren. Die Politik zum Klimaschutz gebietet daher nicht nur technische Innovationen (umweltfreundliche Abwicklung des Verkehrs), sondern auch auf Dauer eine konsequente Politik der Verkehrsmeidung und -verlagerung.

Umbau statt Ausbau:

Finanzierung der Pflegeversicherung durch Selbstbeteiligung bei der Lohnfortzahlung

Der Vorsitzende der CDU-Grundsatzprogramm-Kommission, Reinhard Göhner, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz, erklärte zum „Umbau statt Ausbau der sozialen Sicherungssysteme am Beispiel Pflegeversicherung und Selbstbeteiligung bei der Lohnfortzahlung“:

1. Die Pflegeversicherung und die Neugestaltung der Lohnfortzahlung sind ein Test für die Fähigkeit von Politik und Tarifpartnern, den notwendigen Umbau unserer sozialen Sicherungssysteme zugunsten neuer Aufgaben zu realisieren. Die demographische Entwicklung, gewachsene Aufgaben, überzogene Erwartungen, mangelnde Eigeninitiative und Fehlentwicklungen haben uns an die Grenzen der Leistungsfähigkeit und Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme gebracht. Neue Aufgaben kann der Sozialstaat nur dann erfüllen, wenn Umschichtungen vorgenommen werden. Umbau statt Ausbau lautet unser Prinzip. Das heißt auch, alte Besitzstände in Frage zu stellen. Das ist — wie das Beispiel Neugestaltung der Lohnfortzahlung belegt — mit Widerständen verbunden. Die Finanzierung der Pflegeversicherung u. a. durch Umschichtungen ist daher auch ein Testfall für die Steuerungsfähigkeit unserer Sozialsysteme; denn wenn es nicht möglich ist, Besitzstände zu verändern, scheitert der notwendige Umbau.

2. Leitlinie für die neuen Prioritäten der

Sozialpolitik muß die Solidarität der Gemeinschaft mit dem einzelnen und des einzelnen mit der Gesellschaft sein. Wir müssen uns darauf besinnen, was der Grundwert der Solidarität erfordert, nämlich die gemeinschaftliche Absicherung jener Risiken, die der einzelne nicht alleine und aus eigenen Kräften tragen kann. Wird die Solidarität der Gemeinschaft für die Absicherung von Risiken in Anspruch genommen, die aufgrund gewachsener Einkommen und Vermögen der einzelne selbst tragen kann, so ist dies höchst unsozial.

Der Umbau in der Sozialpolitik soll sicherstellen, daß diejenigen, die der solidarischen Hilfe wirklich bedürfen, wirkungsvoll und effizient unterstützt werden können. Daraus zieht die Grundsatzprogramm-Kommission zum Beispiel die Konsequenz, daß soziale Leistungen, die nicht durch eigene Beiträge oder eigene Leistungen begründet sind, künftig nur noch einkommensabhängig gewährt werden sollen. Eine Umverteilung, die dem gleichen Steuerzahler aus der einen Tasche hohe Steuern nimmt, um ihm in die andere Tasche als angeblich soziale Leistung etwas hineinzustecken, ist sozialpolitisch weder sinnvoll noch erwünscht.

Nach den Maßstäben von Solidarität und Subsidiarität müssen wir überprüfen, inwieweit in den vergangenen Jahrzehnten ein Geflecht von sozialen Leistungen entstanden ist, die der einzelne z.T. heute zur Absicherung seiner Lebensrisiken

nicht mehr benötigt. Wir müssen uns fragen, wo Selbstverantwortung und stärkere Selbstbeteiligung an die Stelle kollektiver Fürsorge treten können.

3. Der notwendige Umbau der sozialen Sicherungssysteme erfordert die Mitwirkung der Sozial- und Tarifpartner. Insbesondere können nicht alle Bereiche ausgeklammert werden, die von den Tarifpartnern geregelt werden. Die Grenzen der Leistungsfähigkeit des Sozialsystems erweisen sich u. a. an den hohen Lohnzusatzkosten, die zum größten Teil durch tarifvertragliche Regelungen begründet sind. Neue Prioritäten der Sozialpolitik können daher nicht von vornherein unbefürtt lassen, was den größten Teil der Lohnzusatzkosten verursacht. Die Bedeutung dieses Bereiches für die Sozialpolitik ergibt sich auch aus Manteltarifabschlüssen dieses Jahres:

So hat z. B. die Metallindustrie für rund 4 Millionen Arbeitnehmer in diesem Jahr neben einer Tariflohnnerhöhung von immerhin 5,4 Prozent zugleich vereinbart, daß die sogenannten betrieblichen Sonderzahlungen in diesem Jahr um 5 Prozent und im nächsten Jahr um weitere 5 Prozent erhöht werden. Das bedeutet: Allein für die Erhöhung der betrieblichen Sonderzahlungen in der Metallindustrie werden höhere Lohnnebenkostensteigerungen verursacht als durch die Pflegeversicherung! Ein weiteres Beispiel: Im Baugewerbe wurde für rund 1 Million Arbeitnehmer neben einer Lohnerhöhung von 5,8 Prozent vereinbart, den Urlaub um mindestens drei Tage zu verlängern; auch dadurch werden die Lohnzusatzkosten stärker erhöht als durch Einführung einer Pflegeversicherung!

Der Umbau der sozialen Sicherungssysteme wird nicht gelingen, wenn die organisierten Interessen bei den Verteilungskämpfen alles für sich in Anspruch nehmen und anschließend erklären, für

andere sei nichts mehr da. Dieser Gruppenegoismus geht zu Lasten der nichtorganisierten Schwachen, z. B. der Pflegebedürftigen.

Die Sozial- und Tarifpartner müssen sich ihrer Verantwortung für den Umbau der sozialen Sicherungssysteme bewußt werden. Gruppen- und Besitzstandsenken erschweren nicht nur die Verwirklichung neuer Prioritäten, sondern sie gefährden langfristig auch die Tarifautonomie: Es ist kein Zufall, daß auch die Arbeitgeberverbände Mitglieder verlieren. Die Reaktionen einiger Verbände zur Neugestaltung der Lohnfortzahlung zeigen, daß auch dort vereinzelt bequemes Besitzstandsenken vorherrscht. Gerade die Arbeitgeberverbände sollten sich aber der Tatsache bewußt sein, daß der Umbau unserer Sozialpolitik nicht allein durch Anstrengungen des Gesetzgebers bewirkt werden kann. Es ist wenig glaubwürdig, vom Gesetzgeber die Kompensation der Lohnnebenkostensteigerungen infolge der Pflegeversicherung zu verlangen, zum gleichen Zeitpunkt aber durch Tarifverträge die Lohnnebenkosten kräftig zu erhöhen.

4. Zu den neuen Aufgaben der Sozialpolitik gehört die Einführung der Pflegeversicherung. Der Pflegefall ist ein Risiko, das solidarisch von der Gemeinschaft abgesichert werden muß, weil der einzelne bzw. seine Familie in der Regel dieses Risiko nicht tragen können.

Umbau statt Ausbau heißt, die entstehenden Kosten eben nicht einfach durch ein „Draufsatteln“ zu leisten, sondern durch Umschichtungen. In diesem Zusammenhang steht der Vorschlag zur Selbstbeteiligung bei der Lohnfortzahlung, den ersten Tag der Arbeitsunfähigkeit als Urlaubstag anzurechnen. Eine solche Regelung ist m. E. allerdings nur dann sozial ausgewogen,

● wenn sie ausgenommen ist bei

- längeren Erkrankungen,
- Arbeitsunfällen,
- Berufserkrankungen,
- Schwangerschaft und
- wenn die Zahl der anzurechnenden Tage in einem Kalenderjahr auf maximal 3 bis 4 begrenzt wird.

Unabhängig von dem Vorhaben der Pflegeversicherung entsprechen diese Überlegungen den Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität:

Als die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eingeführt wurde, betrug der Jahresurlaub 16 Werkstage, heute in der Regel 30 Tage. Wenn nunmehr bis zu 4 Tage unter bestimmten Umständen wegfallen können, so ist dies kein Risiko, das dem einzelnen nicht zugemutet werden könnte. Mißbräuche zu vermeiden und Selbstbeteiligungen in zumutbarer Weise einzuführen, gehört zu den notwendigen Elementen eines Umbaus.

Die Neuregelung der Lohnfortzahlung ist unabhängig von der Pflegeversicherung notwendig und im Lichte der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes erforderlich, weil das bisher in fünf Gesetzen zersplitterte und nach einzelnen Arbeitnehmergruppen differenzierte System gegen den Gleichheitsgrundsatz verstößt und auf eine neue, einheitliche gesetzliche Basis gestellt werden muß.

Bei dieser Neuregelung der Lohnfortzahlung kann auch in bestehende Tarifverträge in verfassungsmäßiger Weise eingegriffen werden. Allerdings muß differenziert werden: Es ist nicht möglich — und auch nicht daran gedacht —, künftige Tarifverträge, die etwaige Karenztagen wieder abschaffen wollten, gesetzlich zu verbieten. Es kann also nicht gesetzlich ausgeschlossen werden, daß die Tarifparteien zu einem späteren Zeitpunkt wieder eine andere Regelung treffen. In bestehende Tarifverträge kann aber eingegriffen werden, ohne daß der Kernbereich der Tarifautonomie berührt ist, wenn der Eingriff verhältnismäßig und in der Sache geboten ist. Eine Erforderlichkeit in diesem Sinne ist nach den Maßstäben des Bundesverfassungsgerichtes gegeben, wenn die gesetzliche Maßnahme aus übergeordneten Gesichtspunkten des Gemeinwohls zu rechtfertigen ist, wie das beim Umbau der sozialen Sicherungssysteme der Fall ist. Im Zusammenhang mit der Vereinheitlichung des Lohnfortzahlungsrechtes teile ich daher die Auffassung beider Verfassungsressorts der Bundesregierung, daß es verfassungsrechtlich vertretbar ist, in bestehende Tarifverträge durch eine solche Neuregelung einzugreifen, ohne den Kernbereich der Tarifautonomie zu verletzen.

Kulturseminar in Weimar

Der christlich demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. bietet vom 18. bis zum 21. Oktober 1992 ein kulturelles Seminar in Weimar mit dem Thema „Auf den Spuren Goethes und Schillers“ an.

Die Teilnahme beträgt 29,— DM für Mitglieder und 35,— DM für Nicht-Mitglieder. Anmeldungen bitte mit dem Beitrag auf das Frischluft-Konto

21000880 (BLZ 380 500 00) bei der Sparkasse Bonn überweisen oder einen Scheck beilegen.

Weitere Informationen bei:

Frischluft e.V.
Annaberger Straße 283
W-5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 31 00 23
Fax: (02 28) 31 47 03.

Bildungspolitik ist wieder zu einem großen Zukunftsthema geworden

„Persönlichkeitsbildung und Arbeitsmarktorientierung — Grundlagen und Perspektiven christlich-demokratischer Bildungspolitik“
Hrsg. von Parl. Staatssekretär Dr. Norbert Lammert, MdB, Nomos Verlag, Baden-Baden, 1992, 378 Seiten, 29,— DM.

Zu den Themen, die in der politischen Rangskala einen neuen Stellenwert erhalten haben, gehören heute Fragen zu Bildung, Ausbildung, Hochschulstudium und Weiterbildung. Angesichts gesellschaftlicher Veränderungen, neuer Anforderungen in der Arbeitswelt, der Entwicklung im geeinten Deutschland und nicht zuletzt angesichts der Herausforderungen, die uns im europäischen und internationalen Wettbewerb gestellt sind, müssen neue Antworten auf die Frage gefunden werden, wie eine zukunftsorientierte Bildung organisiert und inhaltlich ausgestaltet werden muß. Bildungspolitik ist wieder zu einem großen Zukunftsthema geworden.

Norbert Lammert, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, hat die Bildungspolitiker der Union und Experten aus Wissenschaft und Verbänden gebeten, die aktuellen Herausforderungen in der Bildungspolitik pointiert darzustellen. Der nun vorgelegte Aufsatzband gibt Auskunft darüber, wie eine moderne Bildung in einem hochtechnisierten Industriestaat ausgestaltet sein muß. Die Autoren betonen übereinstimmend, daß Erziehung, Bildung und Ausbildung wesentliche Voraussetzungen für die Leistungsfähigkeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sind. Bildung dient nicht

allein der Entfaltung der Person, sondern auch der Zukunftssicherung von Staat und Gesellschaft. Zur Sicherung des Standortes Bundesrepublik Deutschland ist ein hohes Niveau von Forschung und Lehre, technisches Know-how und handwerkliches Können unerlässlich.

Das Buch gliedert sich in sechs große Kapitel. Zunächst werden die grundlegenden Aufgaben und Perspektiven der Bildungspolitik der nächsten Jahrzehnte skizziert. Daran schließen sich die Kapitel über Schule, Studium, berufliche Bildung und Weiterbildung sowie ein Bundesländer-Kapitel an, in welchem auch der deutsche Bildungsföderalismus mit den Verhältnissen in den anderen Staaten Europas verglichen wird. Im Abschlußkapitel behandeln die Autoren „Forderungen und Förderungen zukünftiger Bildungspolitik“.

Bildungspolitische Offensive

Neben einem Geleitwort des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, haben u. a. Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, die Ministerpräsidenten Erwin Teufel und Bernhard Vogel sowie die Kultusminister und Wissenschaftsminister der unionsregierten Länder Aufsätze beigesteuert.

Mit dem vorliegenden Buch und dem jüngst vom Bundesfachausschuß Kulturpolitik verabschiedeten Diskussionsentwurf „Bildung und Ausbildung in unserer freiheitlichen Gesellschaft — Für die humane Leistungsschule und ein differenziertes Hochschulsystem“ verfügt die CDU über richtungweisende Beiträge, die eine bildungspolitische Offensive der CDU inhaltlich tragen. ■

Aktionsbeispiele aus den CDU-Verbänden

Stopp dem Völkermord

CDU Hofheim organisiert Kundgebung

„Frieden jetzt“ und „Helft den Flüchtlingen“, das waren die zentralen Aussagen der Transparente und Reden einer Kundgebung der CDU in Hofheim! Der CDU Kreisverband Main Taunus hatte zu einer überparteilichen Kundgebung mit Beteiligung von Hilfsorganisationen eingeladen.

Mit Erfolg: FDP, Grüne, Vertreter einer Wählergemeinschaft und eine islamische Hilfsorganisation hatten die Einladung angenommen. Ein politischer Redakteur der Frankfurter Rundschau gab einen Überblick zur politischen Lage. Lediglich die SPD und das örtliche Rote Kreuz (Geschäftsführer ist SPD-Mitglied) hatten unter dem Vorwand abgesagt, daß die „Überparteilichkeit“ nicht gewährleistet sei.

Aktuelle Formen der Parteiarbeit

Elemente zeitgemäßer Parteiarbeit waren bei Vorbereitung und Durchführung der Aktion berücksichtigt worden:

- Zur Mobilisierung der eigenen Mitglieder waren Briefe mit Rückantwortkarten verschickt worden.
- Die Kundgebungsteilnehmer konnten ihre politische Meinung in einer Unterschriftenliste zum Ausdruck bringen.
- Teilnehmer konnten auf einer Postkarte den Wunsch äußern, auch in Zukunft von der CDU direkt angesprochen zu werden: Auf diese Art angelegte Karteien

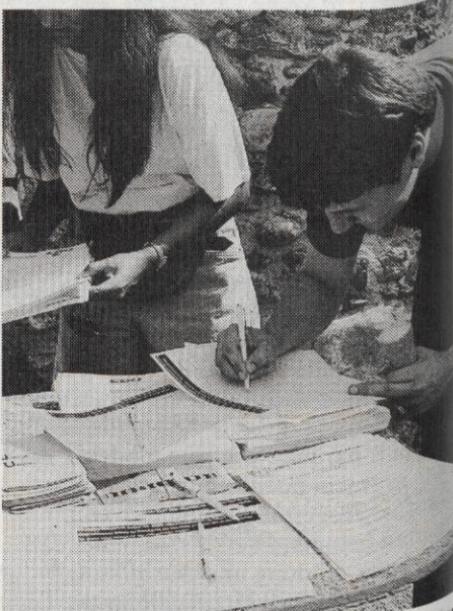
können zu einer wichtigen Grundlage der Mitgliederwerbung werden!

Auch beim Ablauf der Kundgebung war an eine zeitgemäße Veranstaltungsform gedacht worden: Für CDU, Grüne, FDP, die Wählervereinigung und die anwesende Hilfsorganisation standen kleine Podien bereit, um die herum nach Art einer „speakers corner“ diskutiert werden konnte.

Lediglich der Beginn der Veranstaltung lief auf traditionelle Weise ab: drei Redner erläuterten hintereinander ihren Standpunkt.

Unser Tip:

In einem „Interview“ der drei Beteiligten durch einen geübten Moderator hätte man die gleiche Information sicher noch interessanter vermitteln können.



Unterschriftenaktion: Wichtiges Element der politischen Meinungsäußerung!

Zehn Jahre Bundeskanzler Helmut Kohl

Seit 1. Oktober 1982 ist Helmut Kohl Bundeskanzler. Nach Konrad Adenauer, der von 1949 bis 1963 amtierte, ist dies die längste Kanzlerschaft in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Als Vorsitzender der CDU steht Helmut Kohl nunmehr 19 Jahre an der

Spitze seiner Partei. Das politische Wirken Helmut Kohls über vier Jahrzehnte fand in der Wiedervereinigung einen Höhepunkt von geschichtlicher Dimension. Zehn Jahre Bundeskanzler Helmut Kohl haben uns dazu angeregt, zur Erinnerung und als Geschenk eine Medaille herauszugeben.

In Feinsilber 999, Spiegelglanzprägung, 40 mm Durchmesser, 23 Gramm, kostet das Exemplar einschließlich Etui und Mehrwertsteuer 80,— DM. Dazu kommen Porto- und Versandkosten.

Die Medaille ist zum Preis von 23,80 DM einschließlich Etui und Mehrwertsteuer (zuzüglich Porto- und Versandkosten) auch in einer Bronze-Ausführung lieferbar. Der Durchmesser beträgt in dieser Version 50 mm.

Bestellungen richten Sie bitte an die Union Betriebs-GmbH oder direkt an deren Betriebsbereich:
Bonner Werbe-GmbH
Postfach 1505
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1
Telefon (0228) 5307113
Telefax (0228) 5307118



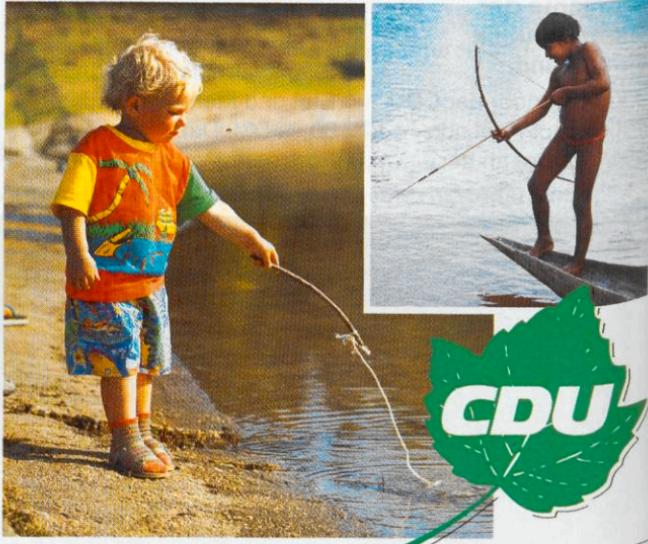
UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Wir sind eine Welt

Bundeskanzler Helmut Kohl:

**»Friedliche Zukunft
der Menschheit nur im
Frieden mit der Natur«**

Weltweit ist das Problembewußtsein für die Bekämpfung der Armut und die Erhaltung unserer Schöpfung gewachsen. In Rio wurde ein dynamischer Prozeß eingeleitet, der uns bei der Lösung der dringenden Zukunftsfragen der Menschen voranbringt. Die Kräfte, die durch den Abbau des Ost-West-Gegensatzes frei werden, können nun zur Sicherung der Lebensgrundlagen der gesamten Menschheit genutzt werden.



DIES IST die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UiD

26/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119, **Vertrieb:** Tel. (02 28) 54 4-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje, Bernd Profitlich, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** Wa Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.